

Aktuelle Information

für Presse und Öffentlichkeit - 11. November
2021



Neuwahlen: MLPD fordert Aufhebung bzw. drastische Senkung der Unterschriftenhürden

Die MLPD hat heute einen **dringenden Appell** gestartet. Er richtet sich an die **Präsidentin des Deutschen Bundestages Bärbel Bas** sowie an **Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier**, **Bundeskanzler Olaf Scholz**, die **Bundeswahlleiterin Dr. Ruth Brandt** sowie die **Fraktionsvorsitzenden von SPD, CDU/CSU, Grüne und FDP** und die Gruppenvorsitzenden von **Die Linke und BSW**.

Sie fordert, dass die kurzfristigen Neuwahlen zum Anlass genommen werden, die **Unterschriftenquoten** für die Bundestagswahlen **abzuschaffen**, zumindest angesichts der verkürzten Zeit **drastisch zu senken**.

„Die Parteien, die in Berlin das ganze Chaos veranstalten, müssen natürlich nicht sammeln. Das gilt nur für Parteien, die noch nicht in den Parlamenten vertreten sind. Es wäre zutiefst undemokratisch, die vorgezogenen Neuwahlen durch die Bundestagsparteien zu missbrauchen, um Konkurrenz auf dem Wahlzettel auszuschalten. Offenbar spekulieren einige gezielt darauf“, so Peter Weispenning, Pressesprecher der MLPD.

Die **MLPD** wird in 16 Bundesländern und mit zahlreichen Direktkandidaten antreten. Sie war schon 2005 bei den Neuwahlen die einzige nicht in den Parlamenten vertretene Partei, der es gelang, in allen Ländern anzutreten. Sie muss jetzt trotzdem und nur in knappster Zeit um die 50.000 Unterstützungsunterschriften sammeln.

Sollte der Bundestag keine entsprechenden Beschlüsse fassen, kündigt die MLPD ein **Eilverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht** an.

Anliegend das ausführliche **Schreiben** der **Anwälte** der MLPD von der Kanzlei Meister und Partner, die die Forderung rechtlich im Detail begründet.

Peter Weispenning weist darauf hin: *„Kleine Parteien werden heute durch ein **ganzes System an undemokratischen Wahlbehinderungen** eingeschränkt: Man muss Zehntausende Unterschriften sammeln, um überhaupt an einer Bundestagswahl teilzunehmen. Die 5%-Hürde soll Stimmen für nicht im Bundestag vertretene Parteien als aussichtslos erscheinen lassen. Mit der ‚abgestuften Chancengleichheit‘ erhalten kleinere Parteien auch weniger Rechte und Möglichkeiten im Wahlkampf.“*

Das Ganze wurde jetzt noch getoppt durch ein Schreiben der Bundeswahlleiterin, das einen Tag vor dem Bruch der Ampel bei der MLPD einging. Dort erklärte sie mit formalen Einwänden, die MLPD nicht zu den Wahlen zuzulassen. Die MLPD hat gegen diesen **antikommunistischen Angriff** bereits am Freitag letzter Woche die Anberaumung einer **Sondersitzung des Bundeswahlausschusses** beantragt.

Peter Weispenning: *„Die MLPD wird sich durch solche Schikanen und Behinderungen nicht aufhalten lassen. Wir sehen*

MLPD
Member of ICOR
Zentralkomitee

Schmalhorststraße 1c
45899 Gelsenkirchen

TELEFON
+49(0)209 95194-0

TELEFAX
+49(0)209 9519460

E-MAIL
info@mlpd.de

WEB
www.mlpd.de

Pressesprecher
Peter Weispenning

Aktuelle Information

für Presse und Öffentlichkeit - 11. November
2021



*unser Vorgehen auch als einen Beitrag zur **Verteidigung und Stärkung der demokratischen Rechte und Freiheiten** insgesamt.“*

Mehr Informationen zur Wahlteilnahme der MLPD [hier](#)